

Katja Burghardt

Verwaltungsprozessuale Defizite der Rechtsschutzpraxis im Beamtenkonkurrentenstreit



Nomos

Schriften zum öffentlichen Dienstrecht

Prof. Dr. Ralf Brinktrine

Prof. Dr. Timo Hebeler

Prof. Dr. Jens Kersten

Prof. Dr. Thorsten Ingo Schmidt

Prof. Dr. Hinnerk Wißmann

Prof. Dr. Heinrich Amadeus Wolff

Band 10

Katja Burghardt

Verwaltungsprozessuale Defizite der Rechtsschutzpraxis im Beamtenkonkurrentenstreit



Nomos



Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Köln, Univ., Diss., 2019

ISBN 978-3-8487-6673-4 (Print)

ISBN 978-3-7489-0784-8 (ePDF)

1. Auflage 2020

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2020. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort

Diese Arbeit ist im Januar 2019 an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln als Dissertation angenommen worden; die mündliche Prüfung fand im Oktober 2019 statt. Rechtsvorschriften, Rechtsprechung und Schrifttum befinden sich auf dem Stand vom Januar 2019.

Ich danke Herrn Professor Dr. Burkhard Schöbener für die vertrauensvolle und wohlwollende Betreuung meiner Arbeit und dafür, dass er mir die Freiheit gelassen hat, eigenständig einen wissenschaftlichen Zugang zum Thema der vorliegenden Arbeit zu finden und diese selbstständig zu gestalten. Herrn Professor Dr. Karl-Eberhard Hain danke ich für die Zweitbegutachtung.

Sehr herzlich danke ich auch denjenigen, die mich bei meiner Arbeit an der vorliegenden Untersuchung beraten, ermutigt und als neugierige Diskussionspartner unterstützt haben.

Schließlich danke ich meiner Familie und all denjenigen, die mich während meiner Zeit an der Universität zu Köln als Weggefährten und Freunde begleitet und die mein Denken und Leben bereichert haben.

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	15
Glossar	23
Einleitung	25
I. Gegenstand der Untersuchung	25
II. Gang der Untersuchung	29
Kapitel 1 Grundlagen der Ämtervergabe und des Rechtsschutzes in Beamtenkonkurrentenstreitigkeiten	32
I. Bewerberkonkurrenz aufgrund haushaltsrechtlicher Vorgaben für die Vergabe von öffentlichen Ämtern	32
II. Der Grundsatz der Bestenauslese des Art. 33 Abs. 2 GG	33
1. Die doppelte Zielrichtung des Art. 33 Abs. 2 GG	33
a) Bewerbungsverfahrensanspruch	33
b) Sicherung der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes	38
2. Über die Verfahrenssicherung hinausgehender Anspruch der Bewerber aus Art. 33 Abs. 2 GG?	39
a) Ernennungsanspruch aus Art. 33 Abs. 2 GG?	39
b) Auswahlanspruch wegen Reduzierung des Ermessensspielraums des Dienstherrn auf Null?	42
c) Auswahlanspruch wegen Reduzierung des Beurteilungsspielraums des Dienstherrn auf Null?	48
d) Zwischenfazit	51
III. Der Rechtsschutz des unterlegenen Bewerbers im Streit um beamtenrechtliche Statusämter nach gegenwärtiger Rechtsprechungspraxis	51
1. Konkurrentenschutz grundsätzlich im Eilverfahren	51
a) Grundannahmen der Rechtsprechung	51
b) Statthafte Verfahrensart	56
c) Prüfungsumfang und -intensität	57

d) Fortgang der Bewerberkonkurrenz nach der Entscheidung über den Eilantrag des unterlegenen Bewerbers – Nach der Rechtsprechung des BVerwG	59
e) Wartefrist vor der Ernennung und Wirkung des laufenden Eilverfahrens	61
2. Ausnahmsweise repressiver Rechtsschutz gegen die Ernennung	63
3. Beiladung des ausgewählten Bewerbers	65
IV. Zusammenfassung	66
Kapitel 2 Der Grundsatz der Ämterstabilität – Eine materiellrechtliche Fehlannahme der verwaltungsgerichtlichen Rechtsprechung	68
I. Konzeptionelle Schwäche: Rudimentäre Begründung des Grundsatzes der Ämterstabilität durch das BVerwG	69
II. Herleitbarkeit der Ämterstabilität aus dem Numerus clausus der beamtenrechtlichen Aufhebungsgründe für Ernennungen?	71
1. Normgeschichtliche Betrachtung der abschließenden beamtenrechtlichen Regelungen der Gründe für die Nichtigkeit und Rücknahme von Ernennungen	73
a) Das Reichsbeamtengesetz 1873 und die Verfassung des Deutschen Reichs 1919	74
b) Das Deutsche Beamtengesetz 1937	75
c) Das Bundesbeamtengesetz 1953	76
2. Bindung der Verwaltungsgerichte an die beamtenrechtlichen Regelungen zur Aufhebung von Ernennungen?	77
a) Kein Ausschluss des Aufhebungsanspruchs aus § 113 Abs. 1 S. 1 VwGO	78
b) Keine Sperrwirkung der materiellrechtlichen Aufhebungsgründe des Beamtenrechts gegenüber der Kontrolle durch die Verwaltungsgerichte	81
aa) Normzweck und -adressaten der beamtenrechtlichen und verwaltungsprozessualen Aufhebungsregelungen	82
bb) Parallelen zu spezialgesetzlichen Aufhebungsregelungen in anderen öffentlichrechtlichen Teilrechtsgebieten	87

III. Verfassungsrechtliche Begründung?	89
1. Die Ämterstabilität als hergebrachter Grundsatz des Berufsbeamtentums im Sinne des Art. 33 Abs. 5 GG?	90
a) Hergebrachte Grundsätze des Berufsbeamtentums im Sinne des Art. 33 Abs. 5 GG	90
b) Die Ämterstabilität als eigenständiger Grundsatz des Berufsbeamtentums?	91
c) Die Ämterstabilität als Ausdruck des Lebenszeitprinzips?	95
2. Die Ämterstabilität als Ausdruck des Vertrauensschutzes für den Ernannten?	97
IV. Stabilität der Führung der Amtsgeschäfte?	98
V. Die Schutzwürdigkeit des Vertrauens der Bürger in die Beständigkeit der Beamteneigenschaft?	100
VI. Ämterstabilität aus haushaltsrechtlichen Gründen?	101
VII. Ausnahmen bestätigen die Regel? – Die Durchbrechung des Grundsatzes der Ämterstabilität im Fall der rechtsschutzvereitelnden Ernennung	102
VIII. Zusammenfassung und Fazit	103
 Kapitel 3 Identifikation und rechtliche Qualifikation der Verwaltungsentscheidung darüber, welcher Bewerber der bestqualifizierte im Sinne des Art. 33 Abs. 2 GG für das zu vergebende Amt ist	 104
I. Der Ablauf des Amtsvergabeverfahrens	104
1. Ausschreibung	105
2. Beförderung	107
3. Aufstieg	108
4. Einstellung	109
II. Identifikation der Verwaltungsentscheidung darüber, welcher Bewerber der bestqualifizierte im Sinne des Art. 33 Abs. 2 GG für das zu vergebende Amt ist	112
1. Überblick über das (gegenwärtige) Meinungsspektrum	113
2. Normative Vorgaben für die Bewerberauswahl bei der Vergabe öffentlicher Ämter	115
a) § 9 BBG und § 9 BeamtStG	116
b) Die Wichtigkeits- und Rücknahmegründe der §§ 13, 14 BBG und §§ 11, 12 BeamtStG	117
3. Das Verhältnis von Auswahlentscheidung und Ernennung – Zugleich ein Zwischenfazit	118

III. Die Rechtsnatur der Auswahlentscheidung	119
1. Regelungswirkung der Auswahlentscheidung	121
2. Außenwirkung der Auswahlentscheidung	126
3. Die Auswahlentscheidung als mehrpoliger Verwaltungsakt	128
4. „Weil, so schließt er messerscharf, nicht sein kann, was nicht sein darf.“	131
a) Entscheidungsfreiheit des Dienstherrn über den Abbruch des Amtsvergabeverfahrens	132
b) Wegfall der Planstelle während des Amtsvergabeverfahrens	134
c) Dienstherr will erneut ein Auswahlverfahren durchführen	135
d) Bedenken bezüglich der Praktikabilität der Anhörungs- und Begründungspflicht bei beamtenrechtlichen Auswahlentscheidungen	137
aa) Ausschluss der Anhörungs- und Begründungspflicht für Prüfungen	139
bb) Anhörung vor der Auswahlentscheidung	141
cc) Begründung der Auswahlentscheidung	144
dd) Zwischenfazit	146
e) Die Prüfung der gesundheitlichen und charakterlichen Eignung der Bewerber	147
f) Die Mitwirkung von Gremien	150
5. Die Rechtsposition des ausgewählten Bewerbers	153
IV. Zusammenfassung und Fazit	157
Kapitel 4 Eine Untersuchung des Gegenstands, der Verfahrensanforderungen und der Rechtsfolgen des gegenwärtigen Rechtsschutzes im Beamtenkonkurrentenstreit	159
I. Die verwaltungsgerichtliche Entscheidung über den Akt, der den Verstoß gegen Art. 33 Abs. 2 GG darstellt – Das rechtliche Schicksal der Auswahlentscheidung	160
1. Verfahrensgegenstand des Eilverfahrens gegen die Ernennung und Inhalt der einstweiligen Anordnung	160
a) Anknüpfungsgegenstand für die Entscheidung über den Antrag auf Erlass der einstweiligen Anordnung	160
b) Der Inhalt der einstweiligen Anordnung	162
aa) Tenorierungsvariante 1	162
bb) Tenorierungsvariante 2a und 2b	165

cc) Tenorierungsvariante 3	166
dd) Tenorierung der Rechtsbehelfsfrist	167
c) Abschließende Beobachtungen	167
2. Fortgang der Bewerberkonkurrenz nach der Entscheidung über den Eilantrag des unterlegenen Bewerbers – Die Folgen der einstweiligen Anordnung	173
3. Bewertung der gegenwärtigen Rechtsprechungspraxis	176
a) Tenorierungsvarianten 2a und 2b	176
aa) Unzulässiger Anordnungsinhalt	176
bb) Keine rechtskräftige Hauptsacheentscheidung ...	181
(1) ... unter der Prämisse, die Auswahlentscheidung begründe einen Ernennungsanspruch	185
(2) ... unter der Prämisse, die Auswahlentscheidung begründe ein Abwehrrecht	186
b) Tenorierungsvariante 1	187
c) Tenorierungsvariante 3	188
d) Zwischenfazit	188
4. Verfahrensgegenstand der Klage gegen die rechtsschutzvereitelnde Ernennung	189
5. Verfassungsrechtliches Defizit der gegenwärtigen Rechtsprechungspraxis	190
II. Dogmatisch nicht begründbare Behandlung des Widerspruchserfordernisses	191
1. Untersuchung des Widerspruchserfordernisses im Amtsvergabeverfahren	193
a) Prämisse 1: Die Mitteilung der (Nicht-)Auswahlentscheidung ist kein Verwaltungsakt	193
b) Prämisse 2: Die Mitteilung der (Nicht-)Auswahlentscheidung ist ein Verwaltungsakt	195
c) Prämisse 3: Die Auswahlentscheidung ist ein Verwaltungsakt	196
2. Dogmatisch defizitäre Behandlung der Widerspruchsfrist	197
a) Prämisse 1	197
b) Prämisse 2 und 3	197
aa) Ordnungsgemäße Rechtsbehelfsbelehrung ist erfolgt	197
bb) Ordnungsgemäße Rechtsmittelbelehrung ist unterblieben	199

3. Zwischenfazit	200
III. Eilrechtsschutz gegen die Ernennung nach § 123 VwGO funktioniert nur faktisch	201
IV. Nichtgewährung des verwaltungsgerichtlichen Instanzenzugs	211
1. Vorenthaltung von Rechtsmitteln	211
2. Keine Sicherung einer bundeseinheitlichen Rechtsanwendung durch die Verwaltungsgerichte	212
V. Fazit	217
Kapitel 5 Schlussfolgerungen für den Rechtsschutz in beamtenrechtlichen Konkurrentenstreitigkeiten	219
I. Tauglicher Rechtsbehelf im Beamtenkonkurrentenstreit	219
1. Klage mit dem Ziel, ernannt zu werden	220
2. Klage mit dem Ziel, ausgewählt zu werden	220
3. Klage mit dem Ziel einer erneuten, nunmehr fehlerfreien Durchführung des Auswahlverfahrens bzw. einer erneuten Entscheidung über die Bewerbung des Klägers	222
a) Eintritt eines Umstandes, der den Abbruch des Amtsvergabeverfahrens rechtfertigen könnte, während des gerichtlichen Verfahrens	226
b) Eintritt eines Umstandes, der den Abbruch des Amtsvergabeverfahrens rechtfertigen könnte oder Abbruchentscheidung des Dienstherrn nach Verpflichtungsurteil	229
4. Fazit: Anfechtungsklage gegen die Auswahlentscheidung	231
II. Vorverfahren	233
III. Eilrechtsschutz	235
IV. Hauptsacheverfahren	241
V. Rechtsschutz bei Ernennung unter Rechtsschutzvereitelung	247
VI. Zusammenfassung	248
Kapitel 6 Konkurrentenstreitigkeiten in Verteilungsverfahren – Zugleich ein Ausblick	249
I. Die gegenwärtige Rechtsprechungspraxis zum Konkurrenzschutz in Verteilungsverfahren	252
1. Teilnahme an Märkten gemäß § 70 GewO	252
2. Hochschulzulassung	257
3. Exkurs	260
a) Konkurrentenstreitigkeiten um die Zulassung als Notar	260

b) Konkurrentenstreitigkeiten im öffentlichen Dienst außerhalb des Beamtenrechts	262
4. Zusammenfassung und Fazit	262
II. Verteilungsentscheidungen im System des VwVfG und der VwGO – Untersuchungsperspektiven	264
1. Rechtsqualität der Verwaltungsentscheidungen im Verteilungsverfahren und Schlussfolgerungen für den Rechtsschutz	264
2. Vereinbarkeit der Verfahrensanforderungen des VwVfG mit den Besonderheiten mehrpoliger Verteilungsentscheidungen?	271
3. Weitgehendes Fehlen eines Instanzenzugs zum BVerwG	274
Zusammenfassung in Thesen	276
Quellenverzeichnis	279
Dokumentenverzeichnis	291

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	anderer Ansicht, andere Ansichten
a. E.	am Ende
a. M.	am Main
Abschn.	Abschnitt(e)
Aktualisier.	Aktualisierung
Anm.	Anmerkung
AO	Abgabenordnung i. d. F. der Bekanntmachung vom 1. Oktober 2002 (BGBl. I, S. 3866; BGBl. I 2003, S. 61), zuletzt geändert durch Art. 6 des Gesetzes vom 18. Juli 2017 (BGBl. I, S. 2745)
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts (Zeitschrift; zit. nach Band und Jahr des Erscheinens des Bandes)
Apr.	April
Art.	Artikel(s)
AtomG	Gesetz über die friedliche Verwendung der Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren (Atomgesetz) i. d. F. der Bekanntmachung vom 15. Juli 1985 (BGBl. I, S. 1565), zuletzt geändert durch Art. 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 20. Juli 2017 (BGBl. I, S. 2808)
AufenthG	Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet (Aufenthaltsgesetz) i. d. F. der Bekanntmachung vom 25. Februar 2008 (BGBl. I, S. 162), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 8. März 2018 (BGBl. I, S. 342)
Aufl.	Auflage
Aug.	August
Ausg.	Ausgabe
Az.	Aktenzeichen
BAnz AT	Amtlicher Teil des Bundesanzeigers (zit. nach Datum, Rubrik, in der veröffentlicht wurde, sowie Veröffentlichungsnummer; abrufbar unter https://www.bundesanzeiger.de/ebanzwww/wexsservlet?session.sessionid=336ca07f13403b7f12c0332a99ee37f1&page.navid=to_official_part&global_data.designmode=eb)
BauGB	Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I, S. 3634)
Bay. GVBl.	Bayerisches Gesetz- und Ordnungsblatt
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter (Zeitschrift)

Abkürzungsverzeichnis

BBG	Bundesbeamtengesetz vom 5. Februar 2009 (BGBl. I, S. 160), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 8. Juni 2017 (BGBl. I, S. 1570)
BBG 1953	Bundesbeamtengesetz vom 14. Juli 1953 (BGBl. I, S. 551)
Bd.	Band
BDG	Bundesdisziplinargesetz vom 9. Juli 2001 (BGBl. I, S. 1510), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 19. Oktober 2016 (BGBl. I, S. 2362)
BeamtStG	Gesetz zur Regelung des Statusrechts der Beamtinnen und Beamten in den Ländern (Beamtenstatusgesetz) vom 17. Juni 2008 (BGBl. I, S. 1010), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 8. Juni 2017 (BGBl. I, S. 1570)
BeckRS	beck-online Rechtsprechung (elektronische Entscheidungsdatenbank in beck-online, zit.: BeckRS [Jahrgang], [mehrstellige Identifikationsnummer])
Beschl.	Beschluss
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch i. d. F. der Bekanntmachung vom 2. Januar 2002 (BGBl. I, S. 42, 2909; BGBl. I 2003, S. 738), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 20. Juli 2017 (BGBl. I, S. 2787)
BGBL	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGleig	Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst (Bundesgleichstellungsgesetz) vom 24. April 2015 (BGBl. I, S. 642, 643), geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 23. Dezember 2016 (BGBl. I, S. 3191)
BHO	Bundeshaushaltsordnung vom 19. August 1969 (BGBl. I, S. 1284), zuletzt geändert durch Art. 11 des Gesetzes vom 14. August 2017 (BGBl. I, S. 3122)
BImSchG	Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz [Schreibung amtlich]) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I, S. 1274), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 18. Juli 2017 (BGBl. I, S. 2771)
BLV	Verordnung über die Laufbahnen der Bundesbeamtinnen und Bundesbeamten (Bundeslaufbahnverordnung) vom 12. Februar 2009 (BGBl. I, S. 284), zuletzt geändert durch Art. 1 der Verordnung vom 18. Januar 2017 (BGBl. I, S. 89, 406)

BMI	Bundesministerium des Innern
BNotO	Bundesnotarordnung i. d. F. der Bekanntmachung vom 24. Februar 1961 (BGBl. I, S. 97), zuletzt geändert durch Art. 4 des Gesetzes vom 30. Oktober 2017 (BGBl. I, S. 3618)
BPersVG	Bundespersönalvertretungsgesetz vom 15. März 1974 (BGBl. I, S. 693), zuletzt geändert durch Art. 7 des Gesetzes vom 17. Juli 2017 (BGBl. I, S. 2581)
Brem. HochschulG	Bremisches Hochschulgesetz i. d. F. vom 9. Mai 2007 (Brem.GBl., S. 339, Gl.nr. 221-a-1)
Brem.GBl.	Bremisches Gesetzblatt
BremBG	Bremisches Beamtengesetz vom 22. Dezember 2009 (Brem.GBl. S. 17), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 12. Dezember 2017 (Brem.GBl. S. 784)
BremStGH	Staatsgerichtshof der Freien Hansestadt Bremen
BremVerf	Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen vom 21. Oktober 1947 (Brem.GBl. S. 251), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 20. Dezember 2016 (Brem.GBl. S. 904)
bspw.	beispielsweise
BT-Drucks.	Bundestagsdrucksache
Buchholz	Sammel- und Nachschlagewerk der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht (Zum Aktenzeichen des BVerwG gehört zwar die den weiteren Angaben vorangestellte Abkürzung „BVerwG“ [bspw. „BVerwG 2 C 16.09“; siehe hierzu https://www.bverwg.de/rechtsprechung/aktenzeichen , zuletzt abgerufen am 20.10.2018 um 16.55 Uhr], da Rechtsprechung und Schrifttum die Aktenzeichen des BVerwG jedoch weit überwiegend ohne diese vorangestellte Abkürzung zitieren, werden die Entscheidungen des BVerwG aus Gründen der Gewohnheit und Lesbarkeit in der vorliegenden Untersuchung in derselben Weise wiedergegeben.)
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
d. h.	das heißt
DBG 1937	Deutsches Beamtengesetz vom 26. Januar 1937 (RGBl. I, S. 39)
ders.	derselbe
Dez.	Dezember
dies.	dieselben

Abkürzungsverzeichnis

DJT	Deutscher Juristentag
DÖD	Der Öffentliche Dienst (Zeitschrift)
DÖV	Die öffentliche Verwaltung (Zeitschrift)
DRiG	Deutsches Richtergesetz i. d. F. der Bekanntmachung vom 19. April 1972 (BGBl. I, S. 713), zuletzt geändert durch Art. 9 des Gesetzes vom 8. Juni 2017 (BGBl. I, S. 1570)
DVBl	Deutsches Verwaltungsblatt (Zeitschrift)
Ed.	Edition
EL	Ergänzungslieferung
entspr.	entsprechend
f.	für
Feb.	Februar
FG	Festgabe
FGO	Finanzgerichtsordnung i. d. F. der Bekanntmachung vom 28. März 2001 (BGBl. I, S. 442, 2262; BGBl. I 2002, S. 679), zuletzt geändert durch Art. 5 Abs. 3 des Gesetzes vom 8. Oktober 2017 (BGBl. I, S. 3546)
Fn.	Fußnote(n)
Fortf.	Fortführer
FS	Festschrift
GastG	Gaststättengesetz i. d. F. der Bekanntmachung vom 20. November 1998 (BGBl. I, S. 3418), zuletzt geändert durch Art. 14 des Gesetzes vom 10. März 2017 (BGBl. I, S. 420)
GBL. Bad.-Württ.	Gesetzblatt für Baden-Württemberg
gem.	gemäß
GewArch	Gewerbearchiv (Zeitschrift)
ggf.	gegebenenfalls
Gl.nr.	Gliederungsnummer
Grdl.	Grundlage(n)
grds.	grundsätzlich
GS	Gedächtnisschrift
GV. NRW.	Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen
GVBl. Berlin	Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin
GVBl. Brandenb.	Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Brandenburg
GVBl. Sachs.-Anh.	Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Sachsen-Anhalt
GVBl. Thür.	Gesetz- und Verordnungsblatt für den Freistaat Thüringen
GVOBl. M-V	Gesetz- und Verordnungsblatt Mecklenburg-Vorpommern
GVOBl. Schlesw.-Holst.	Gesetz- und Verordnungsblatt für Schleswig-Holstein

Hess. VGH	Hessischer Verwaltungsgerichtshof (so die Selbstbezeichnung des Gerichts; Fremdbezeichnung zumeist als: VGH Kassel)
HessStGH	Staatsgerichtshof des Landes Hessen
HmbGVBl.	Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt
HochschulG M-V	Gesetz über die Hochschulen des Landes Mecklenburg-Vorpommern i. d. F. der Bekanntmachung vom 25. Januar 2011 (GVOBl. M-V, S. 18, Gl.nr. 221-11)
HochschulG NRW	Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen vom 16. September 2014 (GV. NRW., S. 547)
HochschulpersonalG Bay.	Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen sowie des weiteren wissenschaftlichen und künstlerischen Personals an den Hochschulen des Landes Bayern vom. 23. Mai 2006 (Bay. GVBl, S. 230, Gl.nr. 2030-1-2-K)
Hrsg.; hrsg.	Herausgeber; herausgegeben
i. d. F.	in der Fassung
i. E.	im Ergebnis
i. R. v	im Rahmen von
i. S. d.	im Sinne des/der
i. V. m.	in Verbindung mit
insbes.	insbesondere
Jan.	Januar
JÖR NF	Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart, Neue Folge (Zeitschrift)
JurionRS	Jurion Rechtsprechung (zit.: JurionRS [Jahrgang], [mehrstellige Identifikationsnummer])
juris-Rn.	juris-Randnummer(n) (Randnummernangaben zu Gerichtsentscheidungen werden, sofern das Gericht die zitierte Entscheidung nicht selbst mit Randnummern versehen hat, aus juris übernommen und ausdrücklich als „juris-Rn.“ gekennzeichnet, um es dem Leser zu ermöglichen, die konkret zitierte Textstelle eindeutiger, als dies mittels der Angabe von Seitenzahlen in amtlichen Sammlungen oder Zeitschriften möglich ist, zu identifizieren.)
JZ	Juristenzeitung (Zeitschrift)
Kap.	Kapitel
LBG NRW	Gesetz über die Beamtinnen und Beamten des Landes Nordrhein-Westfalen vom 14. Juni 2016 (GV. NRW., S. 310, 642), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 19. September 2017 (GV. NRW., S. 764)
Lfg.	Lieferung

Abkürzungsverzeichnis

LKV	Landes- und Kommunalverwaltung, Verwaltungs-Zeitschrift für die Länder Berlin, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen
LSG NRW	Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
MBL NRW.	Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht (Zeitschrift)
Nds.	Niedersachsen, Niedersächsisch
Nds. GVBl.	Niedersächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt
Nds. OVG	Niedersächsisches Oberverwaltungsgericht (so die Selbstbezeichnung des Gerichts; Fremdbezeichnung zu meist als: OVG Lüneburg)
Nov.	November
NRW	Nordrhein-Westfalen
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NWVBl.	Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter (Zeitschrift)
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZA-RR	NZA-Rechtsprechungs-Report Arbeitsrecht (Zeitschrift)
o. J.	ohne Jahresangabe
Okt.	Oktober
OLG	Oberlandesgericht
OVG	Oberverwaltungsgericht
OVG Bremen	Oberverwaltungsgericht der Freien Hansestadt Bremen
OVG NRW	Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen (mitunter auch: OVG Münster)
PersR	Der Personalrat (Zeitschrift)
PersV	Die Personalvertretung (Zeitschrift)
RBG 1873	Gesetz, betreffend die Rechtsverhältnisse der Reichsbeamten vom 31. März 1873 (RGBl., S. 61), geändert durch Gesetz vom 17. Mai 1907 (RGBl., S. 201, 245) ¹
RGBl.	Reichsgesetzblatt
Rheinl.-Pfalz	Rheinland-Pfalz
RiA	Recht im Amt (Zeitschrift)
Rn.	Randnummer(n)
RP	Rheinland-Pfalz
Rspr.	Rechtsprechung
RsprEinhG	Gesetz zur Wahrung der Einheitlichkeit der Rechtsprechung der obersten Gerichtshöfe des Bundes vom 19. Juni 1968 (BGBl. I, S. 661), zuletzt geändert durch Art. 144 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I, S. 1474)
S.	Seite(n); Satz, Sätze

1 Zur uneinheitlichen Datierung des Änderungsgesetzes siehe Fn. 203.

Saarl. Amtsbl.	Amtsblatts des Saarlandes
Saarl. OVG	Oberverwaltungsgericht des Saarlandes
Sächs. OVG	Sächsisches Oberverwaltungsgericht (mitunter auch: OVG Bautzen)
Sachs.-Anh.	Sachsen-Anhalt
Sartorius	Verfassungs- und Verwaltungsgesetze, Textsammlung
Schlesw.-Holst.	Schleswig-Holstein
Sept.	September
SGB IX	Neuntes Buch Sozialgesetzbuch – Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen – vom 23. Dezember 2016 (BGBl. I, S. 3234), zuletzt geändert durch Art. 23 des Gesetzes vom 17. Juli 2017 (BGBl. I, S. 2541)
sog.	sogenannte, sogenannter, sogenannten
SoldatenG	Gesetz über die Rechtsstellung der Soldaten (Soldatengesetz) i. d. F. der Bekanntmachung vom 30. Mai 2005 (BGBl. I, S. 1482), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 8. Juni 2017 (BGBl. I, S. 1570)
st. Rspr.	ständige(r) Rechtsprechung
StAG	Staatsangehörigkeitsgesetz vom 22. Juli 1913, in der im BGBl. III, Gl.nr. 102-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 11. Oktober 2016 (BGBl. I, S. 2218)
Thür. OVG	Thüringer Oberverwaltungsgericht
u.	und
Urt.	Urteil
v.	vom, von
Verw	Die Verwaltung (Zeitschrift)
VerwArch	Verwaltungsarchiv (Zeitschrift)
VG	Verwaltungsgericht(e) Die Abkürzung VG wird für die Verwaltungsgerichte i. S. d. § 5 VwGO verwendet. Wird im Text der Begriff <i>Verwaltungsgericht</i> verwendet, so meint dieser die Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit im Allgemeinen, das heißt ohne instanzielle Zuordnung.
VGH	Verwaltungsgerichtshof
VGH Bad.-Württ.	Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg (so die Selbstbezeichnung des Gerichts; Fremdbezeichnung häufig als: VGH Mannheim)
vgl.	vergleiche
Vol.	Volume
Vorbem.	Vorbemerkung

Abkürzungsverzeichnis

VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung i. d. F. der Bekanntmachung vom 19. März 1991 (BGBl. I, S. 686), zuletzt geändert durch Art. 5 Abs. 2 des Gesetzes vom 8. Oktober 2017 (BGBl. I, S. 3546)
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz i. d. F. der Bekanntmachung vom 23. Januar 2003 (BGBl. I, S. 102), zuletzt geändert durch Art. 11 Abs. 2 des Gesetzes vom 18. Juli 2017 (BGBl. I, S. 2745)
VwVG	Verwaltungs-Vollstreckungsgesetz [Bindestrich amtlich] in der im BGBl. III, Gl.nr. 201-4, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Art 1 des Gesetzes vom 30. Juni 2017 (BGBl. I S. 2094)
WRV	Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919 (RGBl., S. 1383)
z. B.	zum Beispiel
ZBR	Zeitschrift für Beamtenrecht
zit.	zitiert als
ZPO	Zivilprozessordnung i. d. F. der Bekanntmachung vom 5. Dezember 2005 (BGBl. I, S. 3202; BGBl. I 2006, S. 431; BGBl. I 2007, S. 1781), zuletzt geändert durch Art. 11 Abs. 15 des Gesetzes vom 18. Juli 2017 (BGBl. I, S. 2745)
ZTR	Zeitschrift für Tarif-, Arbeits- und Sozialrecht des öffentlichen Dienstes

Glossar

Amt	Ist ein Amt im Sinne des Art. 33 Abs. 2 GG.
Ausgewählter ^A	Der ursprünglich für die Ernennung (oder die beförderungsgleiche Dienstpostenvergabe) ausgewählte Bewerber.
Ausgewählter ^B	Der in einem nach dem ursprünglichen Auswahlverfahren durchgeführten, erneuten Auswahlverfahren ausgewählte Bewerber.
Auswahlentscheidung	Entscheidung des Dienstherrn über die Qualifikation der Bewerber um ein öffentliches Amt, die das Verfahren zur Ermittlung des i. S. d. Art. 33 Abs. 2 GG bestqualifizierten Bewerbers abschließt. Hat der Dienstherr am Ende des Auswahlverfahrens den bestqualifizierten Bewerber ermittelt, an den er das Amt vergeben will, so handelt es sich nach hier und auch in Rechtsprechung und Schrifttum verwendetem Sprachgebrauch um die Auswahlwahlentscheidung (und zwar positiver Natur). Kommt der Dienstherr zu dem Schluss, dass keiner der Bewerber für das Amt ausreichend qualifiziert ist, so stellt auch diese Entscheidung nach dem hier verwendeten Begriffsverständnis eine Auswahlentscheidung, allerdings negativer Art, dar (siehe S. 136 f.). Die positive Auswahlentscheidung wird in der vorliegenden Untersuchung schlicht als „Auswahlentscheidung“, die „negative Auswahlentscheidung“ wird als ebendiese bezeichnet.
Auswahlentscheidung ^A	Die ursprüngliche Auswahlentscheidung.
Auswahlentscheidung ^B	Die Entscheidung, die ein erneutes Auswahlverfahren abschließt, das nach dem fehlerhaften ursprünglichen Auswahlverfahren durchgeführt wird (bspw. auf eine einstweilige Anordnung hin, die dem Dienstherrn die Ernennung des Ausgewählten aus der ursprünglichen, aber rechtswidrigen Entscheidung, [vorläufig] untersagt).
Behörde	Diese Untersuchung verwendet den Behördenbegriff des § 1 Abs. 4 VwVfG.

Glossar

Bewerber

Verwendung des Begriffs unabhängig davon, ob der Beteiligte eines Auswahlverfahrens sich tatsächlich, das heißt durch eine entsprechende schriftliche oder mündliche Äußerung, um ein Statusamt beworben hat oder ob es sich bei diesem um einen vom Dienstherrn selbstständig in den für eine Amtsvergabe in Betracht kommenden Personenkreis einbezogenen Kandidaten handelt. (Siehe S. 28.)